

Der Einfluss wirtschaftlicher Faktoren auf die internationale Politik.

©1991 Alexander Hüls

I. Einleitung.....	2
II. Stellenwert wirtschaftlicher Beziehungen und Vorgänge in der internationalen Politik.....	2
A. Außenwirtschaftspolitik und internationale Handelspolitik.....	2
1. Instrumente der Handelspolitik.....	2
2. Ziele.....	3
3. Erfordernisse für erfolgreiche Außenwirtschaftspolitik.....	3
B. Beziehungsgeflecht zwischen Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik...	4
C. Multinationale Konzerne als nichtstaatliche Machtfaktoren der Weltwirtschaft.....	5
1. Definition:.....	5
2. Gründe für das Entstehen:.....	6
3. Multinationale Konzerne als Auslöser internationaler Politik.....	6
III. Strukturveränderungen in der Weltwirtschaft seit 1945.....	7
A. Bretton Woods (Gründung des IWF).....	7
B. GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen).....	7
C. Marshall-Plan.....	8
D. Europäische Gemeinschaften.....	8
E. OPEC.....	9
F. Japan, Asean-Staaten.....	10
IV. Perspektiven der Weltwirtschaft.....	10
V. Fazit.....	11
VI. Literatur.....	12

I. Einleitung

Angesichts der Veränderungen in der Weltpolitik, der daraus resultierenden Öffnung neuer Märkte in bisher kommunistischen Ländern und des unmittelbaren bevorstehens des europäischen Binnenmarktes (mit der Perspektive der Erweiterung der EG) stellt sich die Frage, inwieweit die internationale Politik von wirtschaftlichen Faktoren bestimmt wird.

Diese Arbeit untersucht, welchen Stellenwert wirtschaftliche Beziehungen und Vorgänge in der internationalen Politik haben. Hierzu werden die Strukturveränderungen in der Weltwirtschaft seit 1945 dargestellt. Aus den Veränderungen der wirtschaftlichen Strukturen ergeben sich auch neue Perspektiven für politisches Handeln. Diese und die Perspektiven für die Weltwirtschaft werden aufgezeigt.

II. Stellenwert wirtschaftlicher Beziehungen und Vorgänge in der internationalen Politik

A. Außenwirtschaftspolitik und internationale Handelspolitik

Unter Außenwirtschaftspolitik versteht man "die Gesamtheit der staatlichen Maßnahmen, die zur Steuerung und Regulierung grenzüberschreitender wirtschaftlicher Transaktionen eingesetzt werden."¹ Die internationale Handelspolitik hat zum Ziel, das Volkseinkommen einzelner oder aller am Welthandel beteiligten Staaten durch außenwirtschaftliche Maßnahmen zu erhöhen. Sie steht dabei in einer Wechselbeziehung mit der Währungspolitik,² die im außenwirtschaftlichen Bereich zur Stabilisierung der Wechselkurse und zur Sicherung des internationalen Währungssystems beitragen soll. Die internationale Handelspolitik ist in der Praxis mit der Außen-, Wirtschafts- und Innenpolitik der einzelnen Länder eng verbunden. Den ökonomischen Imperialismustheorien zufolge, die vom Primat wirtschaftlicher Faktoren im politischen Handeln ausgehen, kann internationale Handelspolitik dazu benutzt werden, andere Länder in ökonomischer und politischer Abhängigkeit zu halten. Auch können die Interessen bestimmter einheimischer Wirtschaftszweige gezielt gefördert werden, und sie kann unter fiskalischen Gesichtspunkten als Mittel zur Erzielung von Zolleinnahmen betrachtet werden.

1. Instrumente der Handelspolitik³

Die Handelspolitik kann sich verschiedener Instrumente bedienen, dessen wichtigstes wohl der Zoll ist. Unter Zöllen versteht man Abgaben auf importierte oder, in seltenen

¹ Nohlen, Dieter (Hrsg.), Wörterbuch Staat und Politik, Bonn 1991: Beitrag: Außenwirtschaftspolitik, S.32

² vgl: Woyke, Wichard (Hrsg.), Handwörterbuch Internationale Politik, Bonn 1986: Beitrag: Internationale Handelspolitik, S.226

³ vgl: Woyke, Wichard: Beitrag: Internationale Handelspolitik, S.227

Fällen, auch auf exportierte Güter. Die Wirkung entspricht der einer Verbrauchssteuer. Die gleiche Wirkung erzielt die EG, die sich vom Weltmarkt durch ein Schleusensystem abschirmt: In die Gemeinschaft importierte Waren werden von einer Einfuhr- und Vorratstelle angekauft, die sie nach der Lagerung zum höheren Inlandspreis weiterverkauft.

Stärker als Zölle und das Schleusensystem schränken Kontingente den Handel ein. Hierbei dürfen bestimmte Waren nur mit staatlicher Genehmigung eingeführt werden. Dies, wie auch die Zuteilung von Devisen, führt zu einer erheblichen Bürokratisierung und Verzögerung des internationalen Handels. Auch besteht die Möglichkeit administrativen Protektionismus anzuwenden, d.h. z.B. durch besondere Verpackungs- und Kennzeichnungsvorschriften und Verzögerungen bei der Zollabfertigung den Handel zu behindern.

Neben dem administrativen Protektionismus ist auch der fiskalische Protektionismus denkbar, d.h. Steuern so zu konstruieren, daß sie Importgüter treffen, und Exporteuren Steuern rückzuvergüten. Seit 1974 hat sich das Instrument des "Selbstbeschränkungsabkommens" immer mehr durchgesetzt. Im Gegenzug auf den Verzicht von schärferen Abwehrmaßnahmen des importierenden Landes erklärt sich das exportierende Land bereit, seine Exporte auf bestimmte Höchstmengen zu beschränken. Auch Subventionen können ein Instrument der Handelspolitik sein.

2. Ziele

Die Ziele der Außenwirtschaftspolitik stellen sich als Teilziele der allgemeinen Wirtschaftspolitik dar, die auf Wachstum, Vollbeschäftigung, Preisniveaustabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht ausgerichtet ist.⁴ So wird z.B. die Erschließung und Sicherung von Absatzmärkten, die Sicherung der Rohstoffversorgung und die Verringerung von Versorgungsengpässen angestrebt.

Aber auch nichtwirtschaftliche Ziele sind denkbar, wie z.B. Sanktionen gegen das Apartheid-Regime in Südafrika.⁵

3. Erfordernisse für erfolgreiche Außenwirtschaftspolitik

Im Allgemeinen läßt sich sagen, daß erfolgreiche Außenwirtschaftspolitik vier Erfordernissen Rechnung tragen muß:

- 1) Schaffung internationaler Rahmenbedingungen für den Außenhandel und Kapitalverkehr. Diese Rahmenbedingungen sind auch als Regeln für einen "fairen" internationalen Wettbewerb zu verstehen. Dadurch soll eine wirtschaftliche Verletzbarkeit der einzelnen Staaten, z.B. durch Abtrennung der Produzenten von Rohstoffquellen, weitgehend vermieden werden. Dies trägt dazu bei, Außenhandel und Kapitalverkehr zu liberalisieren, und dadurch Marktentwicklungen, da

⁴ vgl: van Suntum, Ulrich, Angemessenes und stetiges Wirtschaftswachstum, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 18/90, S.5

⁵ vgl: Nohlen, Dieter (Hrsg.), Wörterbuch Staat und Politik, Bonn 1991, Beitrag: Außenwirtschaftspolitik

nun nicht durch politische Maßnahmen beeinflusst, besser vorhersehbar zu machen.

- 2) Die Einhaltung dieser Rahmenbedingungen. Da die Nationalstaaten die obersten Souveränitätsträger sind, denen keine machtvolle Institution übergeordnet ist, gibt es immerwieder Länder, die sich dadurch wirtschaftliche Vorteile verschaffen wollen, indem sie sich nicht an die vereinbarten Regeln halten (Gefangenendilemma)⁶. Dadurch ist eine liberalisierte Weltwirtschaftsordnung immer in ihrer Stabilität gefährdet.
- 3) Außenwirtschaftspolitik kann nur dann erfolgreich sein, wenn die jeweilige Volkswirtschaft dazu in der Lage ist, sich an weltwirtschaftliche Strukturwandlungen flexibel anzupassen. Ist dies nicht der Fall, können die Vorteile, die sich durch Außenhandel und internationalen Kapitalverkehr bieten, nicht mehr voll genutzt werden, außerdem wird die Verletzbarkeit der Volkswirtschaft größer⁷, da sich mit der Zeit Wettbewerbsnachteile ergeben.
- 4) Eine weitere Voraussetzung für die Verwirklichung erfolgreicher Außenwirtschaftspolitik ist die einigermaßen sichere Vorhersehbarkeit der Wechselkursentwicklung. Ist der Wechselkurs starken Schwankungen unterworfen, bedeutet das für alle, die außenwirtschaftliche Transaktionen vornehmen, ein Risiko, das viele Wirtschaftssubjekte scheuen werden, und aus diesem Grunde nicht oder nur begrenzt am Außenhandel und am internationalen Kapitalverkehr teilnehmen.⁸

B. Beziehungsgeflecht zwischen Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik

Wenn man die Wirtschaftsbeziehungen der Bundesrepublik zu den Staaten Osteuropas und China nach dem zweiten Weltkrieg betrachtet, wird die Verknüpfung von Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik, und daraus entstehende Spannungsverhältnisse, besonders deutlich.

So wurden in den fünfziger Jahren wirtschaftliche Kontakte zu diesen Ländern stark von sicherheitspolitischen Überlegungen beeinflusst.

Erst in den sechziger Jahren errichtete die Bundesrepublik in den damaligen Ostblockstaaten Handelsmissionen, die, unter dem Einfluß der damals noch gültigen Hallsteindoktrin, neben außenwirtschaftlichen auch diplomatische Aufgaben wahrnahmen.

Zu einer Neugestaltung und Weiterentwicklung der Wirtschaftsbeziehungen der Bundesrepublik zu diesen Ländern kam es, nach Aufgabe der Hallsteindoktrin, in den

⁶ vgl: Beyme, Klaus v./Czempiel, Ernst-Otto/Kielmannsegg, Peter Graf/Schmoock, Peter (Hrsg.), Politikwissenschaft. Eine Grundlegung, Bd. III, Außenpolitik und Internationale Politik, Stuttgart u.a. 1987, S.170

⁷ vgl: Beyme, Klaus v./Czempiel, Ernst-Otto/Kielmannsegg, Peter Graf/Schmoock, Peter (Hrsg.), S.171

⁸ vgl: Beyme, Klaus v./Czempiel Ernst-Otto/Kielmannsegg, Peter Graf/Schmoock, Peter (Hrsg.), S.171

siebziger Jahren. Dadurch wurden auch die diplomatisch - politischen Ersatzfunktionen der Wirtschaftsbeziehungen zu diesen Staaten weitgehend beseitigt.⁹

Schließlich machte auch eine Verschärfung der Konkurrenz zwischen den USA, der EG und Japan auf dem Weltmarkt eine neue Politik auch auf dem außenwirtschaftlichen Bereich notwendig.

So spielte die Erschließung neuer Märkte und Rohstoffquellen eine immer wichtigere Rolle in der Außenwirtschaftspolitik. Dies hat auch zu einer veränderten Konstellation im Verhältnis von Wirtschaftsverbänden und Regierungskreisen geführt. So konnte die Regierung ihre außenpolitischen Ziele in Osteuropa nicht ohne Beteiligung der osthandelsorientierten westdeutschen Wirtschaftszweige verfolgen.¹⁰

Allgemein lassen sich folgende Rahmenbedingungen der Außenwirtschaftspolitik (der Bundesrepublik) aufstellen.¹¹

- Dysfunktionalitäten des Wirtschaftsablaufes werden mit Hilfe der Außenpolitik und der Außenwirtschaftspolitik zu lösen versucht.
- Die Interessen von Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik fallen nicht immer zusammen, z.B. gibt es Exportverbote für Rüstungsgüter und Einschränkungen bei Nukleartransfers.
- Die Abstimmung von Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik nach binnenwirtschaftlichen Erfordernissen setzt die ständige Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft voraus. So gibt es z.B. gemischte Kommissionen im Ost-West Handel: Durch die Sachkenntnisse und Information der Wirtschaft wird staatliches Handeln beeinflusst.
- Es besteht die Notwendigkeit nationale Gesetze (z.B. Außenwirtschaftsgesetz) mit internationalen Regelungen (z.B. GATT, EWG-Vertrag) abzustimmen.
- Wirtschaft als Ziel und Mittel der Außenpolitik: Auswärtige Wirtschaftshilfe kann als wirtschaftliches Druckmittel zur Erreichung auch außerökonomischer Ziele eingesetzt werden.

C. Multinationale Konzerne als nichtstaatliche Machtfaktoren der Weltwirtschaft

1. Definition:

Unter einem Konzern versteht man "die Zusammenfassung rechtlich selbstständiger Unternehmen unter einheitlicher Leitung eines herrschenden Unternehmens, dessen Einflußnahme aus Eigentumsrechten am abhängigen Unternehmen folgt. Sind die Konzernunternehmen auf verschiedene Nationalstaaten verteilt, liegt ein multinationaler Konzern (MNK) vor. Als weitgehend synonyme Bezeichnungen gelten "inter

⁹ vgl: Haftendorn Helga u.a. (Hrsg.), *Verwaltete Außenpolitik*, Köln 1978, S.226

¹⁰ vgl: Haftendorn, Helga u.a. (Hrsg.), S.226

¹¹ vgl: Haftendorn, Helga u.a. (Hrsg.), S.227 f

nationale" bzw. "supernationale" oder "globale" Unternehmen sowie nach Sprachgebrauch der Vereinten Nationen "transnationale" Unternehmen."¹²

2. Gründe für das Entstehen:¹³

- Wissensvorsprünge in der Fertigungs- und Vermarktungstechnologie
- Export- und Lizenzvergabestrategien
- Sicherung von Rohstoffquellen
- Kosten- und Standortvorteile, die zur Erhaltung und zum Ausbau von Marktpositionen wahrgenommen werden
- Günstige Subventions- und Steuerpolitik des Gastlandes
- Zunehmende Begrenzung der Ausdehnung im Ursprungsland durch nationale Wettbewerbspolitik, so daß eine Fortsetzung des Unternehmenswachstums und eine profitable Anlage erwirtschafteter Gewinne nur im Ausland möglich ist.

3. Multinationale Konzerne als Auslöser internationaler Politik¹⁴

Die Jahresumsätze multinationaler Konzerne "(zwischen 1 und 10 Milliarden Dollar) sind oft größer als das Bruttosozialprodukt kleinerer Staaten."¹⁵ Aufgrund dieses Machtpotentials und zum anderen wegen potentieller Verursachung zwischenstaatlicher Verteilungskonflikte erweisen sich multinationale Konzerne als Auslöser internationaler Politik. Das Machtpotential erstreckt sich auch auf die Möglichkeit, eigene Unternehmensziele gegen den Widerstand von finanzschwächeren Staaten durchzusetzen. Somit können sich diese Unternehmen dem Einfluß einzelner Staaten entziehen, indem sie ihre Produktionskapazitäten in andere Staatsgebiete verlagern.

Die Erwartung von Technologietransfers und die Schaffung von Arbeitsplätzen veranlaßt auch zahlreiche Gastländer dazu, multinationalen Konzernen besonders gute Aufnahmebedingungen zu bieten. Auf der anderen Seite schwächt wiederum die Möglichkeit des Arbeitsplatzexports die Position inländischer Gewerkschaften. Auch hinsichtlich des Konzerngewinns entstehen immer wieder Verteilungskonflikte. Nicht zuletzt wegen diesen Problemen sind multinationale Konzerne zum Gegenstand internationaler Politik geworden.

Supranationale Institutionen wie internationale Handelskammern und Gerichtshöfe, auch zwischenstaatliche Vereinbarungen, wie z.B. die EG-Richtlinien zur Harmonisierung nationalen Rechts, und zahlreiche bilaterale wie multilaterale Abkommen können mittlerweile auf die Aktivitäten multinationaler Konzerne Einfluß nehmen.

¹² Woyke, Wichard (Hrsg.), Handwörterbuch Internationale Politik, Bonn 1986: Beitrag: Multinationale Konzerne, S.354 f

¹³ vgl: Woyke, Wichard (Hrsg.), S.355

¹⁴ vgl: Woyke, Wichard (Hrsg.), S.356

¹⁵ Kindermann, Gottfried-Karl (Hrsg.), Grundelemente der Weltpolitik. Eine Einführung, München 1986, S.370

III. Strukturveränderungen in der Weltwirtschaft seit 1945

Der Versuch, nach dem ersten Weltkrieg wieder ein geordnetes Weltwirtschaftssystem herzustellen, scheiterte endgültig zu Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929. Nach dem totalen Zusammenbrechen des Goldstandards 1931 verschlimmerten autonome staatliche Eingriffe die Situation noch. Aus wirtschaftlichen, politischen und humanitären Gründen wurde eine Neuordnung des Weltwirtschaftssystems notwendig.

A. Bretton Woods (Gründung des IWF)

1944 wurden auf den von Großbritannien und den USA initiierten Konferenzen in Bretton Woods der internationale Währungsfonds und die Weltbank gegründet.

Dabei wurde auch ein festes Wechselkurssystem auf der Basis des Gold-Dollar Standards (1 Feinunze Gold = 35\$) verwirklicht. Dadurch entstand:

- internationale Währungskonvertibilität
- internationale Liquidität
- die Grundlage für wachsendes Vertrauen in das Weltwirtschaftssystem von Anlegern und Investoren.

B. GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen)

GATT wurde 1947 als Sonderorganisation der UNO in Genf gegründet.

Der Ursprung des Zoll- und Handelsabkommens läßt sich auf die Atlantik-Charta von Präsident Roosevelt und Premierminister Churchill zurückführen, die schon 1941 allen Nationen einen verbesserten Zugang zum Handel und zu Rohstoffquellen eröffnete.¹⁶

Geplant war der Abbau von Zoll- und Handelsschranken mit den Zielen:

- Erhöhung des Lebensstandards
- Verwirklichung von Vollbeschäftigung
- das Realeinkommen und die wirksame Nachfrage sollten ständig steigen
- Erschließung der Hilfsquellen der Welt
- Austausch von Waren

¹⁶ vgl: Woyke, Wichard (Hrsg): Beitrag: Gatt, S.198

C. Marshall-Plan

1948 wurde der Marshall-Plan als European Recovery Program in Angriff genommen und von der OEEC (Organization for European Economic Cooperation) organisiert. Das Programm hatte zum Ziel:

- die relativ baldige Gesundung der Weltwirtschaft,
- die politische Stabilisierung der Staaten nach Innen und Außen durch Vermeidung sozialen Elends,
- die Förderung europäischer Integration durch wirtschaftliche Kooperation und
- die Schaffung neuer Absatzmärkte auch für die amerikanische Wirtschaft.

Mit Hilfe des Marshall-Planes war für die europäischen Staaten die Möglichkeit gegeben, nach dem Zweiten Weltkrieg wieder eigene Wirtschaftsstrukturen zu errichten.

D. Europäische Gemeinschaften

Als Reaktion auf den Marshall-Plan haben sich die damals kommunistischen Staatshandelsländer Bulgarien, Polen, Rumänien, die Sowjetunion, Ungarn und die Tschechoslowakei 1949 zum Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zusammengeschlossen.

Der Marshall-Plan wurde als Diktat empfunden, der in die Souveränitätsrechte der Länder eingreift, und die Interessen ihrer nationalen Wirtschaft verletzt.¹⁷

So läßt sich der RGW sowohl als ökonomische, als auch als politische Gemeinschaft verstehen. Folgende Ziele kristallisierten sich heraus:

- Koordination der 5-Jahrespläne
- Gemeinsame Planung einiger Industriezweige
- Planmäßige Erweiterung der Spezialisierung und Koordination
- Verbesserung von Finanzbeziehungen
- materielle Stärkung der sozialistischen Staatengemeinschaft gegen kapitalistische Staaten unter ideologischer Führung der UdSSR.

Im Gegensatz dazu entsteht in Westeuropa die EG.¹⁸ Bereits 1946 fordert Winston Churchill die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa. So kommt es 1949 zur Gründung des Europarates.

¹⁷ vgl: Woyke, Wichard (Hrsg.): Beitrag: Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, S.424

¹⁸ vgl: Thiel, Elke, Die Europäische Gemeinschaft, München 1989, aktualisierter Nachdruck 1991, S.200 ff

1951 entsteht als Ergebnis des Schuman-Plans die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion).

- 1958 treten die Römischen Verträge in Kraft, d.h. Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) zwischen Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland, den Beneluxstaaten und Italien.
- 1961 beschließen die Staats- und Regierungschefs der EWG eine engere politische Zusammenarbeit im Rahmen einer Europäischen Politischen Union.
- 1968 wird die Zollunion verwirklicht.
- 1973 treten Großbritannien, Irland und Dänemark der Gemeinschaft bei.
- Nachdem 1971 die Währungsordnung von Bretton Woods zusammenbricht, beschließt die EG 1973 ein festes Wechselkurssystem ihrer Währungen.
- 1978 beschließt der Europäische Rat die Einführung eines Europäischen Währungssystems.
- 1981 tritt Griechenland der Gemeinschaft bei.
- 1985 tritt das zu Dänemark gehörende Grönland aus der EG aus und wird als überseeisches Gebiet assoziiert.
- 1986 werden Portugal und Spanien im Rahmen des Integrierten Mittelmeer-Programmes in die EG aufgenommen.

Die Ziele der EG erstrecken sich vor allem auf die Verwirklichung des Freihandelsgedankens, ähnlich des GATT, im Rahmen der Mitgliedstaaten. Außerdem wird politische Integration durch wirtschaftliche Integration angestrebt.

E. OPEC

1960 wird die OPEC als zwischenstaatliche Organisation von Irak, Iran, Kuwait, Saudi Arabien und Venezuela gegründet. Die mittlerweile 13 Mitgliedstaaten sind ausschließlich Entwicklungsländer, auf die jedoch 90% der Weltförderung von Erdöl entfallen.

Die OPEC hat sich zum Ziel gesetzt:

- sich das Recht vorzubehalten, den ökonomischen Nutzen aus ihren Naturschätzen zu ziehen,
- einen angemessenen Preis für Rohölexporte festzusetzen,
- die Höhe der Rohölförderung zu bestimmen,
- ihre Wirtschaft zu diversifizieren und
- technologisches Know-how einzuführen.

F. Japan, Asean-Staaten

1967 wurde die südostasiatische Wirtschaftsgemeinschaft Asean von Brunei, Indonesien, Malaysia, den Philippinen, Singapur und Thailand gegründet.

Ähnlich Japan kennzeichnet diese Staaten eine enorme Wachstums- und Exportdynamik nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese basiert auf qualifiziertem Arbeitskräfteangebot, niedrigen Kapitalkosten, erfolgreicher staatlicher Industriepolitik, Exportorientierung und damit verbundener geringer Zugänglichkeit des eigenen Binnenmarktes.

IV. Perspektiven der Weltwirtschaft

- Durch die Schaffung von "Wirtschaftsräumen ohne Binnengrenzen" soll ein freier Waren-, Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehr (in der EG bis Anfang 1993) verwirklicht werden.
- Durch wirtschaftliche Verknüpfung, und damit Abhängigkeit, soll auch politische Integration herbeigeführt werden; hierbei sollen auch Drittländer einbezogen, und somit neue Märkte eröffnet werden.
- Die Industrieländer (auch des asiatischen Raumes) sind bestrebt, durch den wirtschaftlichen Zusammenschluß eine bessere Möglichkeit zur Koordination der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern zu erreichen. Hierbei wird zum einen versucht, das Nord-Süd Gefälle abzubauen, zum anderen sollen Krisen vermieden werden, die aus der Abhängigkeit von Rohstoffen resultieren; d.h. auch die Gefahr politischer Krisen in den Industrieländern (wie z.B. nach der Ölkrise 1973) soll reduziert werden.
- Trotz Zusammenarbeit soll die Vormachtstellung der USA, die Anfang der fünfziger Jahre allein ca. 40% des Weltbruttosozialprodukts erwirtschaftet hatten¹⁹, in der Weltwirtschaft (auch durch Schaffung einer einheitlichen europäischen Währung) zurückgedrängt werden.
- Durch die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung werden die Nationalstaaten politische Autonomie verlieren (innerhalb der EG durch Abtretung politischer Kompetenzen an das Europäische Parlament), dadurch wird es den Regierungen immer schwerer fallen, nationale Ziele unabhängig von wirtschaftlichen Entwicklungen zu verfolgen.
- Das angestrebte Ziel der wirtschaftlichen Verflechtung ist die Verwirklichung des magischen Vierecks²⁰:

1. Vollbeschäftigung
2. Preisstabilität

¹⁹ vgl: Adams, W.P. /Czempiel E.-O. /Ostendorf B. /Shell K.L. /Spahn P.B. /Zöller M. (Hrsg.), Länderbericht USA, Bd.II, Bonn 1990

²⁰ vgl: van Suntum, Ulrich, Angemessenes und stetiges Wirtschaftswachstum, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 18/90, S.4

3. angemessenes und stetiges Wirtschaftswachstum
4. ausgeglichener Außenhandel

Dadurch sollen stabile politische Verhältnisse geschaffen, und somit ein Beitrag zur Friedenssicherung geleistet werden.

V. Fazit

Aus dem Dargestellten ergibt sich, daß durch die Strukturveränderungen in der Weltwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg die einzelnen Nationalstaaten wirtschaftlich immer enger verbunden wurden. Wirtschaftliche Gemeinschaften wandelten sich immer mehr auch zu Politischen, ohne daß man jedoch von einem Diktat der Wirtschaft über die Politik sprechen kann.

Nicht zuletzt das wirtschaftliche Beziehungsgeflecht in der internationalen Politik leistet einen wesentlichen Beitrag zur Friedenssicherung. Man darf bei dieser Betrachtung allerdings den Bereich der Entwicklungspolitik nicht außer Acht lassen, wenn man in bestehenden Wirtschafts- (und politischen-) Gemeinschaften gelöste (oder sich im Auflösungsprozess befindliche) Probleme nicht auf außenstehende, meist arme, Länder übertragen will.

VI. Literatur

- Aus Politik und Zeitgeschichte, B 18/90, B 24-25/89
- Adams, W.P. /Czempiel, E.-O. /Ostendorf, B. /Shell, K.L. /Spahn, P.B. /Zöller, M. (Hrsg.), Länderbericht USA, Bd. II, Bonn 1990, S.338-356
- Beyme, Klaus v./Czempiel, Ernst-Otto/Kielmannsegg, Peter Graf/Schmoock, Peter (Hrsg.), Politikwissenschaft. Eine Grundlegung, Bd III, Außenpolitik und Internationale Politik, Stuttgart u.a. 1987
- Bergsten, Carl F. (ed), Global economic imbalances, Washington D.C. 1985
- Haftendorn, Helga u.a. (Hrsg.), Verwaltete Außenpolitik, Köln 1978
- Jonas, Rainer/Tietzel, Manfred (Hrsg.), Die Neuordnung der Weltwirtschaft, Bonn-Bad Godesberg 1976
- Kindermann, Gottfried-Karl (Hrsg.), Grundelemente der Weltpolitik. Eine Einführung, München 1986
- Knapp, Manfred/Krell, Gert (Hrsg.), Einführung in die internationale Politik, München 1990
- Nohlen, Dieter (Hrsg.), Wörterbuch Staat und Politik, Bonn 1991: Beitrag: Außenwirtschaftspolitik
- Senghaas, Dieter, Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation, Frankfurt/M. 1977
- Simonis, Udo E. (Hrsg.), Ordnungspolitische Fragen zum Nord-Süd Konflikt, Berlin 1983
- Schwarze, Jürgen/Bieber, Roland (Hrsg.), Eine Verfassung für Europa, von der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Union, Baden-Baden 1984
- Thiel Elke, Die Europäische Gemeinschaft. Vom Gemeinsamen Markt zur Europäischen Union, München 1989, Aktualisierter Nachdruck 1991
- Woyke, Wichard (Hrsg.), Handwörterbuch Internationale Politik, Bonn 1986: Beiträge: "Internationale Handelspolitik", "Internationale Währungspolitik", "Internationaler Währungsfond", "Multinationale Konzerne", "Europäische Gemeinschaften", "GATT"